- Genehmigung oder eine Bescheinigung zu erschleichen, die nach diesem Gesetz oder einer zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschrift erforderlich ist,
2. einer nach den §§ 30 und 31 erlassenen Rechtsvorschrift zurwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Ordnungsstrafvorschrift verweist,
 3. entgegen § 42 eine Auskunft nicht, nicht richtig oder nicht vollständig erteilt, geschäftliche Unterlagen nicht vorlegt oder eine Prüfung nicht duldet oder entgegen § 44 Abs. 1 die dort bezeichneten Sachen nicht darlegt, eine Untersuchung oder Prüfung nicht duldet; entgegen § 44 Abs. 2 eine Erklärung nicht abgibt oder entgegen § 44 Abs. 3 eine Sendung nicht gestellt oder
 4. die Nachprüfung (§ 42) von Umständen, die nach diesem Gesetz oder einer zu seiner Durchführung erlassenen Rechtsvorschrift erheblich sind, dadurch verhindert oder erschwert, daß er Bücher und Aufzeichnungen, deren Führung oder Aufbewahrung ihm nach handels- oder steuerrechtlichen Vorschriften obliegt, nicht oder nicht ordentlich führt, nicht aufbewahrt oder verheimlicht.

(5) Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen der Absätze 1, 2, 3 und 4 Ziff. 1 mit einer Ordnungsstrafe bis zu einer Million Deutsche Mark, in den Fällen des Absatzes 4 Ziff. 2 bis 4 mit einer Ordnungsstrafe bis zu fünfzigtausend Deutsche Mark geahndet werden.

(6) Der Versuch einer Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen der Absätze 1, 2 Ziff. 1 und des Absatzes 3 Ziff. 2 geahndet werden.

(7) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens ist die Oberfinanzdirektion zuständig, in deren Bereich die Ordnungswidrigkeit begangen wurde oder, wenn die Rechtsverletzung außerhalb des Wirtschaftsgebietes begangen wurde, die Oberfinanzdirektion, in deren Zuständigkeitsbereich der Wohnsitz oder gewöhnliche Aufenthalt bzw. der Sitz oder Ort der Leitung des Rechtsverletzers sich befindet. Die Durchführung von Ordnungsstrafverfahren zur Ahndung der Verletzung von Rechtsvorschriften, die auf der Grundlage

— des § 21 erlassen wurden, obliegt dem Ministerium für Medienpolitik,

— der §§ 22—24 erlassen wurden, obliegt dem Ministerium für Verkehr.

(8) Für die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und den Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen gilt das Gesetz vom 12. Januar 1968 zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten - OWG - (GBl. I Nr. 3 S. 101).

§ 39

Straftaten

(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine in § 38 Abs. 1 bezeichnete Handlung begeht, die geeignet ist,

1. die äußere Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik,
2. das friedliche Zusammenleben der Völker oder
3. die Beziehungen der Deutschen Demokratischen Republik zu anderen Staaten und Völkern erheblich zu gefährden.

(2) Schwere Fälle der in Abs. 1 bezeichneten Handlungen werden mit Freiheitsstrafe nicht unter 2 Jahren bestraft. Ein schwerer Fall liegt insbesondere vor, wenn der Täter

1. gewerbsmäßig oder als Mitglied einer Bande, die sich zur fortgesetzten Begehung solcher Straftaten verbunden hat, unter Mitwirkung eines anderen Bandenmitglieds handelt oder
2. durch eine in Abs. 1 Ziff. 1 bezeichnete Tat die Gefahr eines schweren Nachteils für die äußere Sicherheit der Deutschen Demokratischen Republik herbeiführt.

(3) Der Versuch ist strafbar.

(4) Handelt der Täter in den Fällen des Absatzes 1 fahrlässig, wird auf Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe erkannt.

§ 40

Einziehung

(1) Ist eine Straftat nach § 39 oder eine Ordnungswidrigkeit nach § 38 begangen worden, so können

1. Gegenstände, auf die sich die Straftat oder die Ordnungswidrigkeit bezieht, und
2. Gegenstände, die zu ihrer Begehung oder Vorbereitung gebraucht worden oder bestimmt gewesen sind, eingezogen werden.

(2) Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten sind anzuwenden.

§ 41

Befugnisse der Zollbehörden

(1) Die Staatsanwaltschaft und die zuständigen Behörden können bei Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach den §§ 38 und 39 Ermittlungen auch durch die Hauptzollämter oder die Zöllfahndungsstellen vornehmen lassen.

(2) Die Hauptzollämter und die ZoUfahndungsstellen sowie deren Mitarbeiter haben auch ohne Ersuchen der Staatsanwaltschaft, des Ministeriums der Finanzen oder des Amtes für Außenwirtschaft Straftaten und Ordnungswidrigkeiten der in Abs. 1 bezeichneten Art zu erforschen und zu verfolgen, wenn diese das Verbringen von Sachen betreffen. Dasselbe gilt, soweit Gefahr in Verzug ist. Die Aufgaben der Untersuchungsorgane des Ministeriums des Innern bleiben unberührt.

(3) In diesen Fällen können die Hauptzollämter und Zöllfahndungsstellen sowie deren Mitarbeiter Beschlagnahmen, Durchsuchungen, Untersuchungen und sonstige Maßnahmen nach den geltenden Vorschriften der Strafprozeßordnung vornehmen.

§ 42

Allgemeine Auskunftspflicht

(1) Das Ministerium für Wirtschaft, das Ministerium für Ernährung, Land- und Forstwirtschaft, das Ministerium der Finanzen, das Ministerium für Verkehr, das Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Energie und Reaktorsicherheit, die Deutsche Bundesbank, das Amt für Außenwirtschaft und die Anstalt für landwirtschaftliche Marktordnung können Auskünfte verlangen, soweit dies erforderlich ist, um die Einhaltung dieses Gesetzes und der zu diesem Gesetz erlassenen Rechtsvorschriften zu überwachen. Zu diesem Zweck können sie verlangen, daß ihnen die geschäftlichen Unterlagen vorgelegt werden. Diese Behörden und die Deutsche Bundesbank können zu dem genannten Zweck auch Prüfungen bei den Auskunftspflichtigen vornehmen; das Amt für Außenwirtschaft und die Anstalt für landwirtschaftliche Marktordnung können zu den Prüfungen Beauftragte entsenden. Zur Vornahme der Prüfungen können die Mitarbeiter der in Satz 3 genannten Stellen und deren Beauftragte die Geschäftsräume der Auskunftspflichtigen betreten.

(2) Auskunftspflichtig ist, wer unmittelbar oder mittelbar am Außenwirtschaftsverkehr teilnimmt.

(3) Der zur Erteilung einer Auskunft Verpflichtete kann die Auskunft auf solche Fragen verweigern, deren Beantwortung ihn selbst oder einen der in § 26 Abs. 1 Ziff. 1 bis 3 der Strafprozeßordnung bezeichneten Angehörigen der Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines Verfahrens nach dem Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten aussetzen würde.

§ 43

Übermittlung von Informationen

(1) Das Amt für Außenwirtschaft kann die ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben nach diesem Gesetz bekanntgewor-